

Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung**Stockt die weitere Finanzierung des Krippenausbaus in Niedersachsen?**

Anfrage der Abgeordneten Kai Seefried, Karin Bertholdes-Sandrock, André Bock, Ansgar Focke, Clemens Lammerskitten, Ulf Thiele und Astrid Vockert (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 10.05.2016

Insbesondere in den vergangenen zehn Jahren hat das Land Niedersachsen gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen das Betreuungsangebot für Kinder bis zu drei Jahren massiv ausgebaut. Bund und Land haben hierbei die Kommunen immer über verschiedene Förderinstrumente mit Investitionszuschüssen für notwendige Baumaßnahmen unterstützt.

Mit der aktuellen RAT-IV-Förderrichtlinie vom 16. Februar 2015 sollen in Niedersachsen über das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2015 bis 2018 weitere 5 000 Krippenplätze geschaffen werden. Dafür stellt der Bund dem Land Niedersachsen 51 Millionen Euro zur Verfügung. Über die Richtlinie erhalten die Kommunen eine Zuwendung in Höhe von 12 000 Euro pro geschaffenem Krippenplatz bzw. 4 000 Euro pro Platz in der Kindertagespflege. Gefördert werden können Vorhaben, die ab dem 1. April 2014 begonnen wurden und bis zum 31. Dezember 2017 abgeschlossen sind. Kommunen berichten, dass ihnen derzeit bei einer Antragstellung die Landes-schulbehörde mitteilt, dass die finanziellen Möglichkeiten dieser Richtlinie ausgeschöpft seien.

Unter Bezugnahme auf die Urteile des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 29.01.2016, Az. StGH 1, 2 und 3/15, Rn. 46, und vom 22.08.2012, Az. StGH 1/12, Rn. 54-56, weisen wir darauf hin, dass wir ein hohes Interesse an einer vollständigen Beantwortung unserer Fragen haben, die das Wissen und den Kenntnis-/Informationsstand der Ministerien, der ihnen nachgeordneten Landes-behörden und, soweit die Einzelfrage dazu Anlass gibt, der Behörden der mittelbaren Staatsverwal-tung aus Akten und nicht aktenförmigen Quellen vollständig wiedergibt.

1. Stimmt es, dass aktuell in Niedersachsen keine weiteren Investitionszuschüsse nach der aktuellen Förderrichtlinie RAT IV mehr bewilligt werden können?
2. In welcher Größenordnung (Gesamt volumen in Euro) liegen der Landesregierung Förderan-träge zu RAT IV vor, die aktuell nicht mehr bewilligt werden können (bitte nach Landkreisen und Städten/Gemeinden, Anzahl der beantragten Plätze und Höhe der beantragten Zuwen-dungen aufschlüsseln)?
3. Beabsichtigt die Landesregierung, das aktuelle Förderprogramm mit Landesmitteln auszustat-ten, um die aktuell noch vorliegenden Anträge sowie die laufend eingehenden noch bedienen zu können?
4. Falls zutreffend: Wann können die Kommunen bzw. andere Träger, die gern noch Anträge stellen wollen, mit einer entsprechenden Vorgriffsregelung rechnen, wie es sie wiederholt in den letzten Jahren gab?
5. Beabsichtigt die Landesregierung, im Anschluss an die RAT-IV-Richtlinie eine neue, sich di-rekt anschließende Förderrichtlinie zu veröffentlichen und entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen?
6. Ist beabsichtigt, bei einer Fortsetzung des bestehenden Programms oder der Auflage einer neuer Förderrichtlinie die Höhe der Zuwendungsbeträge je Platz zu verändern?
7. Ist beabsichtigt, bei einer Fortsetzung des bestehenden Programms oder der Auflage einer neuer Förderrichtlinie das Programm auch auf Plätze für drei- bis sechsjährige Kinder auszu-dehnen?

8. Können die Kommunen bzw. auch andere Träger, die derzeit Förderanträge einreichen, mit den Baumaßnahmen beginnen, ohne ihre Förderfähigkeit zu gefährden?
9. Sind die im Landeshaushalt 2016 veranschlagten Mittel zur Finanzierung der Betriebskosten für die neu geschaffenen Krippenplätze nach derzeitiger Einschätzung auskömmlich? Falls nein: Wie soll Abhilfe geschaffen werden (z. B. Umschichtungen, Nachtragshaushalt)?
10. Laut der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/Grüne für die laufende Legislaturperiode war geplant, dass die Landesregierung „mit den Kommunen über eine zielgerichtete Unterstützung durch das Land verhandeln“ solle. Konkret heißt es: „Der Einsatz der Landesmittel soll in einem Stufenplan den regionalen Ausbaurfordernissen angepasst und vor Ort abgestimmt werden.“ Ist die Landesregierung von diesen Plänen abgerückt? Wenn ja, warum und was ist stattdessen geplant?